

## Zusammenfassung der Ergebnisse der Sondierungsgespräche

### Europa

Hier finden sich wesentliche Aussagen der SPD zu einer umfassenden Reform Europas wieder, die von der CDU auch schon geäußert wurden. Im Unterschied zur CSU wird erklärt, dass Deutschland bereit ist, mehr Geld für Europa aufzubringen. Das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Ort soll durchgesetzt werden, um Lohndumping zu verhindern.

### Wirtschaft

Sozialabgaben sollen unter 40% stabilisiert werden, damit werden die Möglichkeiten sozialer Leistungen für Rente, Gesundheit, Pflege und Arbeitslosigkeit unabhängig vom Bedarf von vornherein gedeckelt.

### Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht

Das Recht auf befristete Teilzeitarbeit, welches schon im letzten Koalitionsvertrag vereinbart aber von der CDU/CSU blockiert wurde, soll eingeführt werden. Die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen, ein Kernanliegen der SPD, kommt nicht.

### Familie, Frauen, Kinder

Kindergeld soll um 25 € in den nächsten vier Jahren erhöht werden.

Die Eigenanteile zur Mittagsverpflegung in Schulen und Kitas sollen entfallen. Die Länder sollen bei der Entlastung der Eltern von Beiträgen für die Kitas unterstützt werden. Der Bund wird zahlen, es bleibt aber den Ländern überlassen, wieweit Gebühren vollständig abgeschafft werden.

Es soll ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter geschaffen werden.

### Bildung und Forschung

Das Kooperationsverbot, also das Verbot von der Bundesebene auf die Bildung in den Ländern Einfluss zu nehmen, wird insofern gelockert, als der Bund finanzielle Mittel bereit stellen darf, die Umsetzung und inhaltliche Ausrichtung liegt weiterhin bei den Ländern.

### Rente

Die weitere Absenkung des Rentenniveaus von derzeit 48% wird bis 2025 ausgesetzt.

Wer 35 Jahre Beitragszeiten oder Zeiten der Kindererziehung oder Pflege nachweisen kann, soll eine Mindestrente von 10% oberhalb des regionalen Grundsicherungsbedarfes erhalten.

Mütter, die vor 1992 Kinder auf die Welt gebracht haben, sollen ein weiteres drittes Jahr auf die Rente angerechnet bekommen – allerdings nur, wenn sie vor 1992 drei oder mehr Kinder auf die Welt gebracht haben.

### Gesundheit

Die Bürgerversicherung kommt nicht! Statt dessen wird die Parität bei den Beiträgen zur Krankenversicherung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder hergestellt. Das heißt der Beitrag der Arbeitnehmer wird um 0,5% reduziert.

### Pflege

Es sollen 8.000 neue Fachkraftstellen für die Behandlungspflege in stationären Einrichtungen geschaffen werden, dies entspricht etwa 0,67 Stelle pro Pflegeeinrichtung.

Im Krankenhausbereich sollen tarifliche Steigerungen voll refinanziert werden und es sollen Personaluntergrenzen für alle Abteilungen von Krankenhäusern festgelegt werden.

### Finanzen und Steuern

Der Solidaritätszuschlag soll für untere und mittlere Einkommen bis zum Ende der Legislaturperiode vollständig abgeschafft werden.

Die pauschale Abgeltungssteuer auf Zinserträge soll abgeschafft werden.

Die SPD Forderung nach einer Anhebung der Steuer für hohe Einkommen wird nicht umgesetzt.

### Innere Sicherheit

Es sollen zusätzlich 15.000 Stellen bei der Polizei und 2.000 Stellen für die Justiz geschaffen werden.

### Migration und Integration

Es wird davon ausgegangen, dass die Zuwanderung von Flüchtlingen die Grenze von jährlich maximal 180.000 bis 220.000 Menschen nicht überschritten wird. Dazu soll ein wirksamer Schutz der europäischen Außengrenzen geschaffen werden. Der Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige soll auf 1.000 Menschen pro Monat begrenzt werden. Familiennachzug gilt nur für Ehen, Minderjährige sollen keinen Anspruch auf Nachzug von Familienangehörigen haben.

### Erwerbsmigration

Die gesetzlichen Regelungen insbesondere zur Fachkräfteeinwanderung sollen besser aufeinander abgestimmt werden. Zusätzliche Belastungen für die sozialen Sicherungssysteme sollen vermieden werden.

## Integration

Menschen mit dauerhafter Bleibeperspektive sollen weiter Angebote nach dem Grundsatz des Förderns und Forderns für Spracherwerb und Beschäftigung erhalten. Eine Verfestigung von Aufenthaltsrechten soll dabei vermieden werden. Die Menschen sollen also weiterhin keine Perspektive für einen Verbleib erhalten.

## Asylverfahren

Es werden zentrale Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen (ANkER) geschaffen. Die Menschen werden erst dann auf die Kommunen verteilt, wenn eine positive Bleibeprognose besteht. Dies gilt auch für minderjährige Flüchtlinge. Wer keinen Aufenthaltsstatus erhält, bleibt bis zur Rückführung in der ANkER-Einrichtung.

Wohin solche Konzepte der Kasernierung und der Hoffnungslosigkeit für die betroffenen Menschen führen kennen wir aus den regelmäßigen Berichten über Polizeieinsätze in diesen Einrichtungen. Vorstellungen der SPD zu einer humanitären Versorgung und Integration von Flüchtlingen konnten nicht ansatzweise durchgesetzt werden, die CSU hat sich hier mit ihren Vorstellungen durchgesetzt.

## Wohnen

Es werden zusätzliche Anreize für den Wohnungsbau für Unternehmen und Einzelpersonen geschaffen. Die bisherigen Fördermittel des Bundes für den sozialen Wohnungsbau sollen auch für die Jahre 2020 und 2021 fortgeschrieben werden.

Die Mietpreisbremse soll „evaluiert“ werden, die Einführung und Anwendung des „qualifizierten Mietspiegels“ soll durch Schaffung gesetzlicher Grundlagen verbreitert werden.“

Es bleibt damit nebulös, ob durch diese Maßnahmen bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Dieses zentrale Anliegen der SPD findet keinen wirklichen Niederschlag in dem Papier.

Das zentrale Anliegen der SPD, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wird durch diese Maßnahmen nicht gesichert.

## Landwirtschaft und Klimaschutz

Es finden sich hier nur allgemeine Aussagen und Absichtserklärungen. Man bekennt sich zu den verabredeten Klimaschutzzielen von Paris und macht gleichzeitig deutlich, dass keine wirksamen Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die Ziele von 2020 zu erreichen.

## Bundeswehr und Rüstungsexporte

Die Ausgaben für die Bundeswehr sollen um 2 Milliarden erhöht werden. Es wird „angestrebt“ Rüstungsexporte zu reduzieren. Für Länder, die am Jemen Krieg beteiligt sind, sollen ab sofort keine Rüstungsexporte mehr erfolgen.